

Case Management im Dialog

Case Management, Sozialraum und Digitalisierung im Gespräch

Teilnehmende: Dr. Birte Gundelach, Prof. Dr. Wolf Rainer Wendt, Dr. Maria Lüttringhaus, Eva Weirich und Ines Schilling im Gespräch mit Prof. Dr. Thomas Klie

Die Jahrestagung der DGCC in Freiburg im Oktober 2021 widmete sich dem Verhältnis von Case Management und Sozialraumorientierung. Nach Vorträgen von Prof. Dr. Wolf Rainer Wendt, Dr. Maria Lüttringhaus und Bernd Mutter wurden die Diskutantinnen und Diskutanten in der CM-Dialogrunde gebeten, Impulse aus den Vorträgen aufzugreifen, die sich konzeptionell und sehr praxisorientiert mit den Notwendigkeiten und Perspektiven der Digitalisierung auseinandersetzen. Auch nach Aufregern wurde gefragt: Dr. Lüttringhaus hatte in ihrem Vortrag auf die ihnen innewohnende Kraftquelle und die notwendige Munitionierung für die Implementierung von Case Management und Sozialraumorientierung hingewiesen, die auch darin zu finden ist, sich über bestimmte Wirklichkeiten und Ungerechtigkeiten respektive Blockaden aufzuregen. Der CM-Dialog wurde diesmal nicht zusammengefasst, sondern redigiert und in seiner Lebendigkeit wiedergegeben. Die Diskussionsrunde begann mit Ines Schilling, der für die Sozialraumkoordination zuständigen Mitarbeiterin des Bezirks Treptow-Köpenick.

Klie: Ines Schilling, Sozialraumorientierung und Digitalisierung, was bewegt euch bei diesem Thema und welche Impulse nimmst du von Bernd Mutter mit?

Schilling: In Berlin ist Treptow-Köpenick der flächenmäßig größte und grünste Bezirk, mit den vergleichsweise wenigsten Einwohnern, nämlich nur 276.000. Das heißt, der Bezirk Treptow-Köpenick ist, so wie auch die anderen 11 Bezirke dieser Stadt, vergleichbar mit einer Großstadt. So wie auch Großstädte agieren die Bezirke zum Teil sehr unterschiedlich. Es braucht bei einer Digitalisierungsstrategie aus meiner Sicht allerdings ein einheitliches Vorgehen. Und hier meine ich nicht nur die Ebene der Berliner Bezirke und auch nicht die Landesebene in Berlin, hier spreche ich vor allem von über die Bundesländer hinausgehenden Strategien. Und dafür braucht es nach meiner Meinung dringend den politischen Willen, eine solche Strategie zu unterstützen. Und das ist an dieser Stelle mein erster großer Aufreger, um den Impuls von Frau Lüttringhaus aufzunehmen. Was ist mein zweiter Aufreger heute und hier in diesem Kontext? Herr Wendt, Sie haben die Sorgenden Gemeinschaften angesprochen. Ein Thema, zu dem wir in Treptow-Köpenick schon seit 2015 intensiv unterwegs sind. Wie können wir die Sorgenden Gemeinschaften im Sinne einer guten Daseinsfür- und vorsorge mit Leben füllen? Wie können wir die fach- und ressortübergreifenden Arbeiten dabei nutzen? Also, was verbindet letztlich ein Jugendamt, ein Sozialamt, ein Gesundheitsamt, ein Umwelt- und Naturschutzamt, ein Straßen- und Grünflächenamt, ein Stadtentwicklungsamt in der sozialraumbezogenen Arbeit? Wie kann man zielführend eine

Zusammenarbeit dieser aus meiner Sicht unabdingbaren fach- und ressortübergreifenden Zusammenarbeit und Abstimmung organisieren und umsetzen? Wenn wir z. B. über Straßen sprechen, sprechen wir über Barrierefreiheit. Das Thema Mobilität und Sicherheit im öffentlichen Raum beschäftigt uns z. B. besonders im Zuge der Schulwegsicherheit. Es ist ein Ärgernis, dass Kinder einfach nicht sicher die Straße queren können, weil ein LKW oder PKWs auf Straßenübergängen und vor abgesenkten Bordsteinen parken, obwohl die Straßenverkehrsordnung dem entgegensteht. Wir wissen, der Parkdruck ist extrem hoch und das geht zu Lasten der Sicherheit der zu Fuß Gehenden und auch der Rad Fahrenden. Also das Thema der Verkehrssicherheit beschäftigt uns deshalb intensiv. Was beschäftigt uns noch? Die Sozialraumorientierung als Haltung: Ich habe mich lange Zeit, 10 Jahre, im Community Organizing in Berlin engagiert. Mich hat an der Arbeit dieser Bürgerplattform besonders der Ansatz „Aktion statt Reaktion“ beeindruckt. Und damit wäre ich bei meinem nächsten Aufreger. Ich wünsche mir Verwaltung stärker noch als bisher als Akteur und nicht als „Reakteur“.

Klie: Wir bleiben in Berlin. Frau Weirich? Sie arbeiten dort im Gesundheitszentrum PORT in Neukölln: Welche Stichworte passen zu Ihrer Arbeit, wo fanden Sie sich wieder, wo sind Ihre Aufreger?

Weirich: Die Digitalisierung ist für uns ein Thema, wie kann man die Menschen in Neukölln – einem sehr diversen Stadtteil – erreichen, zusammenbringen, aktivieren. Das geschieht aktuell zu einem Großteil durch die Digitalisie-

rung. Die Bürger und wir profitieren davon, aber die, die davon noch nicht profitieren, wie erreicht man die? Da ist das Community Organizing total wichtig, in den Kiez reinzugehen, die Menschen direkt anzusprechen, denn niemand erreicht unsere Programme über Flyer, egal ob die analog oder digital sind. Man muss die Menschen ansprechen, man braucht Multiplikatoren. Wir arbeiten viel mit Stadtteilmüttern, die uns eine große Hilfe sind und unsere Angebote verbreiten, um den Präventionsgedanken, den wir leben wollen, aufzunehmen und ihm nicht immer hinterherzulaufen. Mein Aufreger ist die Hebammensuche. Es gibt ein großes Problem, Hebammen zu finden, und auch da haben wir wieder die Menschen, die Zugang zum Gesundheitssystem haben, die Zugang zur Versorgung haben, wissen, dass sie mit einem positiven Schwangerschaftstest sich auf Hebammensuche begeben müssen. Die, die das nicht wissen, sind meistens die, die von der Hebammenversorgung am meisten profitieren würden.

Klie: Sagen Sie noch einmal ganz kurz, wofür steht PORT?

Weirich: PORT für Patientensorientierte Zentren der Primär- und Langzeitversorgung.

Klie: Und die Brücke zum Case Management, wie würden Sie die schlagen?

Weirich: Auf der Einzelfallebene gilt es, Menschen anwaltschaftlich zur Seite zu stehen. Auf der Systemebene geht es darum, sich in diesen ganzen Angeboten im Gesundheitssystem zu orientieren und in unserem stadtteilorientierten Gesundheitszentrum eine Koordinierungsfunktion zu übernehmen und die in ihren einzelnen Disziplinen sozialisierten Fachgebiete dabei zu unterstützen, Interdisziplinarität zu leben. Das ist eine Aufgabe von Case Management: das Netzwerk zu spannen und am Leben zu halten.

Klie: Ist für Sie, wie wir es von Frau Lüttringhaus gehört haben, Sozialraumorientierung eine Handlungsfrage?

Weirich: Ja, ich glaube, das ist grundlegend, dass das eine Haltung sein muss. Wenn ich das nicht als Wert und als Haltung in meiner Organisation ansehe, dann werde ich das auch nicht leben. Die Menschen merken, ob man diese Haltung verinnerlicht hat. Stadtteilorientierung als Haltung ist wesentlich, sonst bekommt man das überhaupt nicht mit.

Klie: Spielt Digitalisierung in Ihrer Arbeit eine Rolle?

Weirich: Ja, bei mir ist es eher die fehlende Digitalisierung. Also ich würde mir wünschen, dass es mehr übergreifende Dokumentationsangebote gibt. Da ist noch viel Luft nach oben: was die Kommunikation zwischen den Arztpraxen und den Beratungsangeboten anbelangt zum Beispiel.

Klie: Bernd Mutter hat davon gesprochen, dass es auch in seinem Partizipationsansatz schwer war, bestimmte Bevölkerungsgruppen zu erreichen. Wen erreichen Sie denn nicht und wen würden Sie gerne erreichen?

Weirich: Wen wir am wenigsten erreichen sind tatsächlich Männer, die bei uns im Stadtteil leben – vor allem Männer

mit Migrationshintergrund. Wir hoffen natürlich darauf, dass wir über die Kinder, über die Mütter, quasi über die Familie sie doch erreichen. Den Schlüssel haben wir noch nicht gefunden.

Klie: PORT ist ein Projekt. Nun wird ja gerade auch kräftig darüber diskutiert, wie man das Gesundheitswesen stärker regional- und sozialraumorientierter gestalten kann. Gibt es da ein Zielbild?

Weirich: Unser Ziel ist – und da sind wir auch auf der politischen Ebene aktiv –, diese Stadtteilzentren in die Regelversorgung zu integrieren.

Klie: Frau Gundelach: Gesundheitsplanung, Sozialplanung mit Sozialraumbezug, wie findet das bei Ihnen in Freiburg statt?

Gundelach: Ich kann zur Sozialberichterstattung und Gesundheit sprechen. Wir müssen – auch ohne eigenes Gesundheitsamt – das Gesundheitsthema in der Sozialberichterstattung aufbereiten. Gesundheit hat klare soziale Bezüge: Wo sind die Impfquoten hoch, wo hängen die Erkrankungen mit engen Wohnverhältnissen zusammen? Gesundheit und Soziales hängen vielfältig zusammen. Es geht uns darum, ein Gesundheitsmonitoring in die Sozialberichterstattung zu integrieren und bei der strategischen Sozialplanung zu berücksichtigen.

Klie: Sie haben auch den beiden Vorrednerinnen zugehört – auch Ihrem Kollegen Bernd Mutter, mit dem Sie ja eng zusammenarbeiten. Welche Sätze sind hängengeblieben oder welche waren besonders resonanzfähig bei Ihnen?

Gundelach: Also, zum einen fand ich die Einführung in die Sozialraumorientierung durch Herrn Wendt sehr spannend. Das Thema berührt mich über die Quartiersarbeit. Wir verstehen in der Stadtverwaltung Quartiersarbeit als ein sozialräumliches Handlungskonzept. Aber was heißt das konkret? Die beiden ersten Vorträge waren für mich sehr erhellend, da sie der Sozialraumorientierung Profil gegeben haben. Für mich ist die Digitalisierung in der Quartiersarbeit ein großes Thema. Da haben wir ja auch eng zusammengearbeitet mit SoNaTe, mit dem Netzwerk „Freiburg hält zusammen“. Auch in der Quartiersarbeit muss digital kommuniziert werden, um alle Menschen zu erreichen, um Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzungsarbeit zu machen. Wir stehen da vor großen Herausforderungen. Die Digitalisierung in der Quartiersarbeit lässt sich einfach nicht so umsetzen, wie man sich das am Schreibtisch vorstellt. Die Digitalisierungsstrategie mit all ihren Konsequenzen für den Sozialraum, für die Quartiersarbeit, sie treibt mich um.

Klie: Was sind Ihre Aufreger?

Gundelach: Ich habe gerade den Sozialbericht für das Statistikjahr 2020 fertiggestellt und aufregen tue ich mich über das „Gerede“ von Open Data, Open Government einerseits und die Kämpfe, die man in der Verwaltung andererseits führen muss, um bestimmte Daten nicht nur

zu erheben, sondern auch zu veröffentlichen. Ich wünsche mir z. B. für Freiburg unbedingt Sozialindizes für die Sozialraumbesichtigung. Man weiß, wie nützlich sie sein könnten, aber man muss ganz viel Überzeugungsarbeit leisten, dass man in ämterübergreifender Zusammenarbeit diese erstellen und verwenden kann.

Klie: Ja, möge diese Aufregung denn auch konstruktiv wirken. Ich glaube, Ines Schilling, das kannst du bestätigen: Kooperationen kann man sich richtig schwer machen.

Schilling: Herr Mutter hat das sehr gut angesprochen: Die Verwaltung ist, wie sie ist – in Säulen verankert, verlässlich. Es wird nach Recht und Gesetz entschieden, es wird verhandelt, es gibt einen Antrag, es gibt eine Entscheidung, es gibt einen Bescheid. Das ist das klassische Verwaltungshandeln. Das ist gut so, denn, wie ich schon erwähnte, es ist verlässlich. Mit diesem Verwaltungshandeln kann ich zufrieden sein oder auch nicht, aber das ist Verwaltung. Jetzt reden wir verstärkt von Sozialraumorientierung. Wir haben in Treptow-Köpenick, so wie inzwischen auch in anderen Bezirken in Berlin, eine Arbeitsgruppe Sozialraumorientierung gebildet. Dazu muss ich noch ergänzen, dass ich in meiner Tätigkeit als Leiterin der Sozialraumorientierten Planungskoordination seit 2013 beschäftigt bin. Seitdem setzen wir in unserem Bezirk bewusst die Rahmenstrategie Soziale Stadt um. D.h. über die Stadtentwicklung wurde die Idee weiterentwickelt, wie man sich noch effizienter und zielgerichteter fach- und ressortübergreifend in seinem Verwaltungshandeln abstimmen kann. In unserem bezirklichen Leitbild steht: Wir sind für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Bezirk da. Doch was heißt das konkret und wie werden wir von ihnen wahrgenommen? Die Menschen fragen sich oft: Reden die in der Verwaltung eigentlich miteinander? Oder: Weiß eigentlich der eine, was der andere gerade entschieden hat? Stimmen sich die Verwaltungen in ihrem Handeln ab? Wie sichert die Verwaltung transparentes Handeln? Wie erfahren wir rechtzeitig von Planungen, Bauvorhaben oder anderen Themen, mit der sich Politik und Verwaltung beschäftigen? Das interessiert aus unserer Wahrnehmung auch die Menschen aus der aktiven Zivilgesellschaft, von organisierten Trägern, Vereinen, Institutionen, Kirchen. Deshalb haben wir uns als Verwaltung u. a. das Ziel gesetzt, ressortübergreifende Themen zu besprechen, sozialraumbezogene Fragestellungen und Herausforderungen gemeinsam zu betrachten, zu diskutieren und zu bearbeiten. Auf der Basis eines Monitorings fragen wir uns in dieser Arbeitsgruppe, die sich aus der 1. Leitungsebene aller Fachämter, Organisationseinheiten und Serviceeinheiten zusammensetzt: In welchem Sozialraum gibt es welches Thema? Bei Themen, die fach- und ressortübergreifend sind: Wie gehen wir diese Themen gemeinsam an? Wie kommen wir zu einem Ergebnis? Welche Lösungen sind

zielführend, welche Strategie verfolgen wir? Das ist kurz umrissen die Arbeitsweise der Arbeitsgruppe. Wir treffen uns in der Regel einmal monatlich. Es wird besprochen, was aktuell in den Fachämtern anliegt. Worüber redet ihr, womit beschäftigt ihr euch? Was ist gerade ein kritischer Punkt, über den ihr gerne informieren möchtet? Zweimal im Jahr laden wir die politischen Vertretungen der Fraktionen zu unserer Sitzung ein und tauschen uns zu relevanten und aktuellen Themen aus. Ich hatte erwähnt, dass wir als Sozialraumorientierte Planungskoordination Sozialräume analysieren, d. h. wir erstellen sogenannte Bezirksregionen-Profile. Wir sehen uns jeden Planungsraum an und bewerten sie nach einem berlinweit abgestimmten Kernindikatorenset. Diese Profile werfen ein qualifiziertes Blitzlicht auf die aktuelle Situation in den jeweiligen Bezirksregionen und die verschiedenen stadtentwicklungspolitischen Bereiche. Natürlich sehen wir: es fehlen KITAs, es fehlen Schulen, wir haben Wohnraumverdichtungen in neuen Größenordnungen, aber nur einen Nahversorger in der Gegend. Menschen sind verärgert oder auch frustriert und deshalb halten wir sozusagen den Finger in die Wunde und weisen darauf hin: Das sind die Themen für den Ort, an dem die Menschen leben, und hier müssen wir gemeinsam ran! Wir informieren die Menschen, wie sehen wir ihren Lebensraum, und wir fragen die Menschen, wie seht ihr euren Raum? Darüber diskutieren wir in sogenannten Ortsteilkonferenzen, in Zukunftswerkstätten, bei Ortsteilgesprächen und in anderen Formaten, die sich dafür anbieten. In der Regel fokussieren wir uns dabei auf die zwei bis drei wichtigsten Themen, die wir vorher gemeinsam mit den Aktiven vor Ort und in Abstimmung mit den Leitungen der Fachverwaltungen herausgefiltert haben. Die Themen werden so aufgearbeitet, dass wir sie schließlich als Entwicklungsperspektive formulieren und für die Bezirksregion festlegen können. In der Arbeitsgruppe Sozialraumorientierung stimmen wir uns fach- und ressortübergreifend zu diesen Entwicklungsperspektiven ab, gehen miteinander in die strategische Aushandlung und legen schließlich Ziele und Maßnahmen für die jeweilige Bezirksregion fest und lassen dies dann schlussendlich politisch durch unsere politische Leitung, das Bezirksamtskollegium, beschließen. Nur das Verwaltungshandeln allein wird es nicht richten. Es braucht beides, die politische Entscheidung und das Verwaltungshandeln und nicht zu vergessen die aktive Mitgestaltung durch die Menschen vor Ort, in ihren Lebensräumen.

Klie: Wolf Rainer Wendt, wenn du das hörst, was entdeckst du da wieder von deinen Überlegungen, deinen Grundlegungen zum Thema Sozialraum?

Wendt: Zunächst einmal: die funktionale Differenzierung in viele Fächer und Zuständigkeiten, die ja seit 200 Jahren eingerissen ist, ist von Übel. Das war einmal ein Fortschritt, aber nun nicht mehr, d. h. wir müssen sozusagen

gen transdisziplinär diese Sektorgliederung und Zuständigkeitsfestschreibungen, diese strukturelle Verfestigung der funktionalen Differenzierung überwinden. In diesem Punkt können wir uns wohl schnell einigen, das stimmt mit dem überein, was ja gerade auch gesagt wurde. Gut, aber ich denke, wir kommen nur darüber hinweg, wenn wir sowohl die untere Ebene der Personen und die Makroebene der Transformation, die heutzutage notwendig ist, in allen Bereichen bedenken und die mittlere Ebene dazwischen, wo die Verwaltungen sitzen. Sie sind im Strukturwandel gefragt. Sie müssen in die Zange genommen werden zwischen den Sorgen der Personen unten und den Sorgen, die man hat insgesamt im Hinblick auf die nötige Transformation. Diesen Prozess kann man genauer beschreiben. Man sagt allgemein: ökosoziale Transformation. In ihr wird man sich auf die Sorgen der Personen beziehen, also auf die individuelle Care-Ebene – um was sorgen sich Menschen – und auf die übergeordnete Ebene: was muss strukturell verändert werden, damit man dem Bedarf an Versorgung wirklich gerecht wird. Das ist eine transdisziplinäre und transprofessionelle Strategie, die man braucht. Und da muss ich dann die Ebene dazwischen mit den Planungsprozessen usw. bedenken, wo man das operational umsetzt, was strategisch notwendig ist. Das heißt bezogen auf das Case Management: es funktioniert auf Dauer nur, wenn wir uns beider Ebenen bedienen können, nämlich uns einerseits auf die Sorgen der Personen beziehen, also darauf, was in welchen Fällen an Problemen bei den Menschen zu bewältigen ist. Das sind ja Probleme, die nicht disziplinärer Natur sind. Die Probleme im Leben werden ja erst diszipliniert durch die zuständigen Stellen, wenn sie dort Eingang gefunden haben und wahrgenommen werden, egal in welchem Bereich das geschieht. Also zunächst einmal sind sie nicht diszipliniert durch Disziplinen. Auf der übergeordneten Ebene der Strategie der Versorgung auch nicht. Nicht disziplinär ist auszumachen, was insgesamt zu tun ist, um der allgemeinen Problematik gerecht zu werden. Ohne das genauer zu betrachten, finde ich es wichtig, dass wir für das Case Management beides sehen zu seiner Weiterentwicklung, nämlich einmal von den Sorgen der Menschen her und andererseits von den Aufgaben der Transformation her, die insgesamt notwendig ist und wo das Case Management eine wichtige Rolle spielen kann im Hinblick darauf, wie die ökologisch notwendigen Veränderungen sozial bewältigt werden können. Die Problematik ist ja immer eine individuelle bei den einzelnen Fällen in ihrer Komplexität. Gleichzeitig ist die Problematik aber auch eine allgemeine und unpersönliche im Hinblick darauf, wie unsere menschliche Entwicklung weitergehen kann. In der Mehrebenenperspektive ist zu sorgen in Gemeinschaft, was immer dabei in sorgender Gemeinschaft möglich wird.

Klie: Frau Lüttringhaus, Sie haben eben auch Ihrerseits zugehört, was die drei Kolleginnen berichtet haben aus ihren Verantwortungsfeldern und worauf Sie Ihrerseits reagiert haben. Sie haben gehört, wo die Aufreger sind und wo möglicherweise für Sie interessante und an Ihre Erfahrung anschlussfähige Strategien verfolgt werden.

Lüttringhaus: Ich fange noch einmal mit der Haltung an. CM und Sozialraumorientierung verbindet dieselbe Haltung: wie blicken wir eigentlich auf Verwaltung? Im Case Management hängen wir viel mehr als in anderen Bereichen ab vom Verwaltungshandeln, weil wir ganz schnell in diese Schnittstellen kommen. Und jetzt wird Verwaltung so betrachtet: Ach du Armer, arbeitest ja echt nur in der Verwaltung, oh ne, oh ne. Wenn wir so eine Haltung haben, dann schicken wir keine fitten Kräfte dahin. Ich arbeite inzwischen als Headhunterin für die Verwaltung, weil ich weiß: Klimaschutz kriegen wir nur hin, wenn wir jetzt fitte Leute in die Verwaltung kriegen. Das heißt, wenn wir wissen, da sind freie Stellen und das Innovationspotential ist 20 Jahre weitgehend draußen geblieben, man hat ja nur gekürzt. Jetzt stehen die Türen offen, überall werden Fachkräfte gesucht, und jetzt so: Bloß nicht in die Verwaltung! Ja genau da muss man jetzt sagen: ja bitte, die Fittesten gehen in die Verwaltung. Aber ist es das, was wir ausstrahlen? Wenn wir eine fitte Verwaltung brauchen, dann müssen wir dazu beitragen, dass wir in der Lehre dieses Feld als absolut politisch wichtig und attraktiv vermitteln. Ich bin bei den sog. „Verwaltungsrebellen“ – zivilgesellschaftlich undercover. Dort habe ich ein Motto gelernt: „Nicht fragen, machen, entschuldigen“. Das habe ich von Verwaltungskolleginnen und -kollegen gelernt. Und da muss man sich halt entschuldigen, wenn man Spielregeln nicht einhält. Aber das kann man lernen. Man wird cooler. Das eröffnet neue Handlungsspielräume. Ob im Klimaschutz oder Gesundheitswesen: Wir müssen die relevanten Themen unserer Zeit aufgreifen und drum herum das Verwaltungshandeln als Co-Planungsprozess verstehen und gemeinsam prüfen: Wie schaffen wir es, dass etwa angesichts der Erhitzung in Innenstädten Anpassungsplanung passiert? Das betrifft die Gesundheitsverwaltung, die Sozialplanung, die Kirchengemeinden, die sagen, wir öffnen in heißen Sommermonaten unsere Räume, das sind kühle Räume im Sommer. Da muss man nicht einkaufen gehen und sich ins Café setzen, was man sich nicht leisten kann, weil die einzigen kühlen Räume Kinos sind und Einkaufszentren. Das hat der heiße Sommer gezeigt. Ich glaube, wir müssen alle drauf hinwirken, im Case Management und Quartiersmanagement unser Handeln so auszurichten, dass dieser Systemwechsel – System Change – geschieht: Die Inhalte haben im Vordergrund zu stehen und nicht das „Recht“. Bis wir das Recht ändern, auch das Hebammenrecht und was weiß ich noch alles, können wir noch 10 Jahre warten. Aber mit gesundem Menschenverstand und der Offenheit, die es in dieser

Gesellschaft durchaus gibt – ein Wind of Change ist nicht zu leugnen –, können wir das hinkriegen.

Klie: Frau Gundelach, Nachwuchs in der Verwaltung? Was wären denn da Ihre Kriterien? Worauf kommt es aus Ihrer Sicht an – im Sozialbereich, den Sie mitverantworten?

Gundelach: Also ich kann mich noch an mein Vorstellungsgespräch erinnern, wo ich gesagt habe, ich habe von Verwaltung keine Ahnung. Für meine anschließende Einstellung hat das wohl keine Rolle gespielt. Aktuell sind in der Verwaltung auch ganz klar spezifische Fachkompetenzen gefragt. Ich sag´ mir manchmal so ein bisschen ähnlich wie Frau Lüttringhaus: „Einfach machen“. Wenn man immer überlegt, hat man das jetzt mit allen wirklich abgestimmt, ist das alles sauber usw., dann hemmt man sich schon sehr in dem, was man tun kann, und insofern kann ich das gut nachvollziehen. Ich sag´ mir manchmal selber: Ja, ich muss jetzt mal mutig sein, einfach mal machen. Mein Eindruck ist, dass das tatsächlich gut so ist. In der Freiburger Stadtverwaltung merke ich, dass man aufhört, Fachexpertise stets outzusourcen. Man holt die Expertinnen und Experten wieder ins eigene Haus. Wie man das tatsächlich schafft, das ist eine schwierige Frage. Ich erhoffe mir, dass es so einen Effekt gibt, dass engagierte gute Leute in die Verwaltung gehen, obwohl viele andere sagen, oh Gott! Tatsächlich? Also ich bin ja auch aus der Forschung in die Verwaltung gegangen. Ganz bewusst, sozusagen planvoll, um Wissen aus der Forschung in die Praxis zu bringen. Auch ich habe die Vorbehalte gehört. Wichtig ist, denke ich, man braucht für erfolgreiche Arbeit in der Verwaltung beides: Verwaltungsexpertise und themenbezogene Fachlichkeit.

Klie: Nun sind Sie ja in der Sozialplanung in Kooperation mit freien Trägern, die auch die soziale Arbeit machen, Institutionen verantworten, auf soziale Bedarfe reagieren. Stellen Sie da eine andere Handlungslogik, eine andere Haltung fest oder verbindet Sie da viel?

Gundelach: Schwierige Frage. Ich denke schon, dass uns da viel verbindet. Aber ich habe den Eindruck, dass da noch viel zu tun ist. Wir sind gerade, würde ich mal so behaupten, eher im Aufbau einer strategischen Sozialplanung. Im Moment spielt sich noch viel zu viel verwaltungsintern ab. Aber ich habe das Gefühl, dass diese Aufbauleistung in der Verwaltung erstmal getan werden muss, um eine strategische Sozialplanung im Sinne von ämterübergreifender und dezernatsübergreifender Zusammenarbeit hinzubekommen, um dann in einem zweiten Schritt die Träger einzubeziehen. Das ist für mich im Moment noch der zweite Schritt und ich muss gucken, wie wir das künftig hinbekommen.

Klie: Ja, Frau Weirich, Sie arbeiten in Berlin, um aus Ihrer Sicht die Verwaltung ins Spiel zu bringen, mit der Verwaltung, etwa mit dem Bezirksamt, und verschiedenen

anderen Ämtern zusammen. Wo erleben Sie dort Co-Kreation und wo Blockaden im Sinne unserer Vorstellung von sozialraumorientierter Arbeit?

Weirich: Mit einzelnen Büros im Bezirksamt haben wir gute Erfahrungen gesammelt. Wo wir uns Verbesserungsbedarf wünschen, ist die Koordination zwischen den einzelnen Ressorts im Bezirksamt. Da fehlt die Kommunikation. Man bespricht mit den einen irgendwelche Sachen und für den nächsten Themenschwerpunkt gelten dann wieder andere Regeln. Das macht es kleinen Trägern schwer. Ein weiteres Thema war Corona-Impfen. Hier hatte die örtliche Behörde viele Ideen, um die Impfbereitschaft der Menschen zu fördern. Da hatten wir uns eine frühere Rücksprache gewünscht. Die Maßnahmen, die ergriffen wurden, sind, jedenfalls an der Zielgruppe, mit der wir eng zusammenarbeiten, vorbeigeschossen. Wir hätten uns gewünscht, früher eingebunden zu werden – gerade mit unserer Outreach-Strategie. Wir haben früh angefangen, die Leute aufzuklären. Wir hatten Listen mit Menschen, die impfbereit waren. Da war viel Manpower notwendig, um die auch wirklich zu ihrem Impftermin zu bekommen. Mein Lieblingsbeispiel ist eine Frau, die zum dritten Mal zu einer Infoveranstaltung gekommen ist und gesagt hat: „Ich war ganz am Anfang hundert Prozent Impfgegnerin“. Nach der dritten Veranstaltung ist sie schon 80 Prozent für das Impfen. Das zeigt, wie kleinschrittig Aufklärung funktioniert. Die ist nicht mit einer großen Aktion getan. Nähe zu den Menschen ist gefragt. Das ist auch etwas ganz Anderes, wenn ich alleine von der Gesundheitsberatung komme oder ob ich mit meinem Kollegen, der ein Sportangebot macht, unterwegs bin, also diese kleinen Feinheiten. Da hätten wir uns mehr Abstimmung gewünscht.

Klie: Da fällt mir dieses von Frau Lüttringhaus vorgestellte Bild ein mit den Ressourcen, auf die Sie natürlich noch einmal ganz anders schauen können: auf der Personenebene. Das übersieht man möglicherweise in den Marketingstrategien, wenn es um die Erhöhung der Impfbereitschaft geht.

Ines Schilling, Wolf Rainer Wendt hat von den Sorgenden Gemeinschaften gesprochen. Ihr seid ein Sorgender Bezirk. Nun hat man in Berlin ja eine durchaus polarisierte politische Landschaft und man weiß, dass bestimmte Parteien mit der Sozialraumorientierung gar nichts am Hut haben, dass diese gerade gegen die eigenen Überzeugungen von politischer Steuerung gerichtet sind. Nun habt ihr ja das in Treptow-Köpenick als Leitbild aufgegriffen. Ihr habt die Erfahrung gemacht, dass ihr zwei Stadträte, Dezernenten hattet, die parteipolitisch gar nicht weiter auseinander stehen können: der Sozialdezernent, zweiter Bürgermeister von den Linken, und der Gesundheitsdezernent von der AfD. Beide waren an diesem Prozess „Sorgender Bezirk“ beteiligt. Was ist in diesem

Arbeitsansatz, der sehr sozialraumorientiert angelegt ist, gelungen und was nicht?

Schilling: Wir haben ein Demografiekonzept entwickelt und in diesem Demografiekonzept gibt es Ziele, Handlungsfelder und Maßnahmenpakete, der Klassiker. Dann ist ein Kollege von den Alexianern, einem sehr aktiven Krankenhaus bei uns in Bohnsdorf, mit dem wir sehr viel, sehr gern, sehr gut arbeiten, Uwe Klein, auf mich zugekommen und hat gesagt, Ines, du bist die, die hier Sozialraumorientierung voranbringen will. Ich bin der, der die Sorgenden Gemeinschaften im Blick hat. Wie kommen wir zusammen? Wie können wir eine Strategie entwickeln, die dieses Thema voranbringt in Treptow-Köpenick? Einem sozial eher „unauffälligen“ Bezirk. Aber wir haben ganz viele Themen, die die Menschen vor Ort bewegen. Und wir haben ein echtes Manko in der Versorgungsstruktur: Mangel an Ärzten, wir gehören neben Neukölln zu den unterversorgten Gebieten in Berlin. In einigen Gebieten sind 40 % der Menschen bereits über 65 Jahre alt, d. h. wir haben eine älter werdende Bewohnerschaft. Verschiedene Themen müssen wir angehen, und das für den gesamten Bezirk mit seinen fast 280.000 Menschen. Das funktioniert so nicht. Das geht nur, wenn wir den räumlichen Kontext beachten. Sozialräume sind statistische Gebiete. Wir nennen sie „Lebens- und Orientierungsräume“. Wir erfassen für sie Daten, die hoffentlich in einer Datenbibliothek gesammelt werden und frei verfügbar sind, wirklich im Sinne eines Open Data. Wir sind nicht nur eine älter werdende, sondern auch eine wachsende Stadt, d. h. wir haben viele Familien. Da kommen der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst und das Problem der Hebammen wieder ins Spiel. Es gibt keine Kinderärzte. Das ist z. B. auch ein Thema für das Quartiersmanagement im „Kosmosviertel“, eine Großwohnsiedlung mit 5600 Menschen. Dort haben wir nur einen Kinderarzt und wir haben den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst. Und was macht ein Gesundheitsamt? Es geht mal eben aus dem Gebiet raus und zentralisiert an einem anderen Ort. Da kann man nur die Hände über dem Kopf zusammenschlagen und sagen, was läuft hier gerade nicht richtig? Also, es gibt viele Themen, die bei uns angegangen werden müssen. Wir haben gesagt, ok, dieses Demografiekonzept, vielleicht ist das der richtige Weg. Wir gehen über die Sorgenden Gemeinschaften mal anders an ein Demografiekonzept heran, und zwar von ganz jung bis zu einem würdevollen Sterben. Wir haben eine Kollegin von den Maltesern, die den Hospizdienst bei uns leitet und eine echte Bereicherung für die Gruppe ist. Wir haben aus dem Jugendamt eine Kollegin, die in dem Bereich der Frühen Hilfen arbeitet und sofort gesagt hat: „Ja, wir brauchen diese Sorge- und Hilfestrukturen auch im Jugendbereich“. Wir waren kleinräumig, fach- und ressortübergreifend mit ganz vielen Themen beschäftigt. Ja, da war ein AfD-Stadtrat dabei. Wir arbeiten nicht nur mit Parteien, wir arbeiten mit Men-

schen. Der Stadtrat der AfD hat sich dem Thema nicht verwehrt und ich unterstelle ihm, dass er gewusst hat, wenn er das Thema politisch besetzt, hat es weniger Chancen. Also hat er es dem Sozialstadtrat überlassen und gesagt: „Okay, Sie sind derjenige, der den Hut aufsetzt“, er hat sich in den Hintergrund begeben. Das ist der Person dieses Stadtrates geschuldet, dass er das gemacht hat. Ich habe auch andere Themen mit ihm besprechen müssen. Auch da hatte ich eine große Offenheit, d. h. als Mensch hat er richtig reagiert. Wichtig für uns war: Er besetzt dieses Feld nicht, er setzt das Thema nicht, sondern er nimmt sich zurück und überlässt es allein dem Stadtrat der Linken. Der Stadtrat der Linken hat mit uns das Thema vorgebracht. Ich habe immer beide Stadträte mit in unsere Abstimmungsstunden und Arbeitsgruppensitzungen eingeladen. Sie sind oft auch beide dieser Einladung gefolgt. Ich möchte noch etwas erwähnen: Die Sorgenden Gemeinschaften berühren auch Fragen der Personalentwicklung in der Verwaltung. Also: „Wie interessieren wir fitte Leute für unsere Verwaltung“, „Wie werden wir als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen?“ Bitte schauen Sie gern mal auf unsere Webseite. Wir haben einen Film gedreht. Geben Sie mir gerne ein Feedback, wie Sie ihn finden.

Ein weiteres wichtiges Thema in den Sorgenden Gemeinschaften ist das der Stadtentwicklung. In der Stadt werden immer mehr Wohnungen gebaut. Wir stellen uns dabei die Frage, wie barrierearm sind diese? Wie barrierearm sind unsere Gehwege? Wir sagen immer, nicht nur für Rollstuhlfahrer oder Menschen mit Rollatoren müssen Bordsteinkanten abgesenkt und Überwege freigehalten werden. Wenn Sie mal einen Kinderwagen geschoben haben, dann wissen Sie, Sie kommen zwischen eng parkenden Autos nicht durch, und die Bordsteine, wenn sie so hoch sind, ist auch das eine Herausforderung. Man muss gar nicht alt sein, um auch vernünftige barrierearme und barrierefreie Wege schätzen zu können. Wo kann ich denn überhaupt noch problemlos die Straßenseite wechseln, wenn selbst die Ecken zugeparkt sind? Wie sicher fahre ich Rad in dieser Stadt? Als Fußgänger, wie bewege ich mich entspannt, sicher und frei auf dem Gehweg? Also, es sind Beispiele für Themen, die viele Menschen bewegen und verbinden. Es ist letztlich gelungen, dass der Sozialstadtrat (Linke), der Bürgermeister (SPD) und der Gesundheitsstadtrat (AfD) sich darauf verständigen konnten und gesagt haben: Ja, das Thema der Sorgenden Gemeinschaften ist ein Thema, das uns allen wichtig ist. Wir entwickeln es weiter. Der Bürgermeister und der Sozialstadtrat haben daraufhin einen Letter of Intent verfasst, in dem sie versprechen: Das ist der Weg, den sie künftig unterstützen werden. Die Sorgenden Gemeinschaften sollen das Demografiekonzept im Zuge seiner Fortschreibung wesentlich prägen. Vielleicht noch ein Nachsatz zu den politischen Verant-

wortlichkeiten und Handlungsspielräumen: Dazu ist es wichtig zu wissen, dass jeder Stadtrat, jede Stadträtin eigene Handlungsbevollmächtigungen hat und auch der Bürgermeister im Bezirk nicht in die anderen Handlungsbereiche hineinagieren darf. Er besitzt in den Bezirken somit leider keine Richtlinienkompetenz.

Klie: Frau Lüttringhaus, ein kurzer Kommentar:

Lüttringhaus: Erstens: Ich wünsche mir, dass städtebauliche Verkäufe und Vergabekriterien in erster Linie über die Sozialplanung laufen. Dann haben wir nicht nur ein add-on inklusives Wohnquartier als Vorzeigemodell, dann ist das der zentrale Kern.

Und das Zweite ist eine Sorge, die mich umtreibt. Ich bin Babyboomer-Generation. Meine Eltern sind jetzt in dem Alter von Pflege. Meine Mutter ist pflegebedürftig gestorben. Die Pflege meiner eigenen Tochter habe ich schon selber organisieren müssen. Ich bin sozusagen die perfekte private Case Managerin geworden, weil egal, wo ich in meinem persönlichen Umfeld hingekuckt habe, die Systeme haben mir nichts geholfen. Und dann gibt es ein Bundesverfassungsgerichtsurteil, das sagt, dass die Pflegekräfte, die 24-Stunden-Kräfte aus dem Osten, jetzt nicht mehr in dieser Form arbeiten dürfen, dass sie einen Mindestlohn bekommen, demnächst dann 12 €, und dass sie keine Nachtbereitschaft machen dürfen, so dass du zwei brauchst. Ich kenne in meinem privaten Umfeld nur Menschen, die genau auf solche Formen zurückgreifen. Nicht weil sie es wollen, sondern weil das System nichts Anderes vorhält. Eine Lösung ist nicht in Sicht. Wo ist das Thema in der Sozialplanung präsent? Es geht bei dem Thema um Daseinsvorsorge.

Klie: Eine letzte Bemerkung vielleicht von dir, Wolf Rainer, Sorgende Gemeinschaft, Sorgender Bezirk Treptow-Köpenick, passt das irgendwie zu dem, was du uns heute Mittag nahegebracht hast, als eine Vorstellung von Sorgender Gemeinschaft, von Caring Community?

Wendt: Ich denke, die Sorge, wie sie Frau Lüttringhaus eben ausgedrückt hat, ist in der Tat eine wirklich zentrale. Sie verweist auf die übergeordnete Ebene, von der ich sprach, wo die Lösungen bedacht werden müssen. Das finde ich immer wichtig. Zu Berlin muss ich sagen – von außen betrachtet –, dass ein Problem darin liegt, dass die Zuständigkeit der Stadt im Verhältnis zu den Bezirken kompliziert ist. Um mich vorsichtig auszudrücken. Am Beispiel des Wohnungsmangels kann man das gut zeigen: Wenn eine Gesamtstrategie im Wohnungsbau nicht da ist bzw. nicht durchgesetzt wird, dann können die in den Bezirken natürlich machen, was sie wollen. Dann funk-

tioniert es insgesamt halt nicht. Jetzt aber zur Sorgenden Gemeinschaft: Ich denke, dass wir da noch viel zu wenig gedacht haben bisher. Man ist im Begriff schnell dabei. Der schöne Terminus ist aufgegriffen worden, jeder kann sich vorstellen, was er will, man kann das jeweils interpretieren, wie man es haben will. Aber grundsätzlich erscheint nötig, dass der formale Bereich der Dienste und Einrichtungen in eine engere Beziehung gestellt werden muss zu dem informellen Bereich der zivilgesellschaftlichen und privaten Beteiligung an dem, was z. B. im Hinblick auf Pflege zu tun ist oder was im Hinblick auf Jugendhilfe zu tun ist oder was in der Integration von Geflüchteten zu tun ist. Überall ist es notwendig, dass die vorhandenen Dienste und Einrichtungen, die funktional sehr differenziert tätig sind, sich herunter bewegen von dieser ihrer jeweiligen Zuständigkeit, mit der sie gut leben können, hin zu einer näheren Beziehung zu dem, was die Leute in ihrem Leben jeweils direkt betrifft. Das könnte man jetzt wieder beleuchten am Beispiel der Jugendhilfe oder am Beispiel der Integration und Arbeit usw. Dieser direkte Zusammenhang zwischen den informellen Kompetenzen und Möglichkeiten der Menschen in Selbstbetroffenheit und in Eigenengagement und der dienstlichen Infrastruktur im Stadtteil, in der Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen usw., den gilt es herzustellen. Bezogen auf Palliativversorgung haben wir das, glaube ich beispielhaft, relativ gut hingekriegt. Dadurch wird überhaupt erst konkret, was Sorgende Gemeinschaft heißen kann: eben nicht bloß, dass man generell sagt, wir sind da einer Meinung und wir tun da was zusammen, sondern man muss die Zusammenarbeit konkret organisieren. Da kommt der Organisationsaspekt von Case Management wieder zum Tragen. Das Case Management kann im Sozialraum funktionieren, wenn es eben auch einbezogen ist in dieses Care-Verständnis, sowohl von den formell Beteiligten als auch von den informellen durchaus bereiten und durchaus vielfältigen Initiativen. Aber die dürfen nicht bloß herangezogen werden, wenn die formelle Seite mal gerade etwas braucht an Hilfe etc., sondern das muss ein grundsätzliches Miteinander sein von informeller Bereitschaft und tatsächlicher Mitwirkung der Dienste in Durchdringung der Potenzen beiderseits, so wie sie gegeben sind. Diese Verklammerung von formeller und informeller Leistung, das ist, glaube ich, eine Aufgabenstellung, durch die die Sorgende Gemeinschaft erst wirklich zu einer solchen werden kann.

Klie: Jetzt bedanke ich mich recht herzlich für die Diskussion auf diesem CM im Dialog in Freiburg.